

Ägypten auf dem Weg zur »Familienrepublik«

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und die Erbfolge im Präsidentenamt

Stephan Roll

In Ägypten sollen 2010 Parlamentswahlen und 2011 Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Die Spekulationen nehmen zu, wer das Land in Zukunft regieren wird, sollte der heute 81-jährige Staatspräsident Husni Mubarak hierzu gesundheitlich nicht mehr in der Lage sein. Offenkundig hat der engste Führungszirkel um den Präsidenten bereits seit Ende der 1990er Jahre Gamal Mubarak als Nachfolger seines Vaters aufgebaut. Wann er aber die Führung des Landes übernehmen soll, ist unklar. Die bevorstehenden Wahlen dürften eine wichtige Weichenstellung für diese Machtfolge innerhalb der Familie sein. Zu befürchten ist, dass der Spielraum der Opposition weiter reduziert wird und die Unzufriedenheit mit dem politischen System in der Bevölkerung wächst. Deutschland und die EU sollten daher in den kommenden Monaten auf eine Lockerung der restriktiven Wahlgesetzgebung und einen möglichst fairen und transparenten Ablauf der Wahlen drängen.

Seit seinem steilen Aufstieg zum stellvertretenden Generalsekretär der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) gilt der 47-jährige Gamal Mubarak als wahrscheinlichster Nachfolger seines Vaters im Amt des Staatspräsidenten. Mehr als zweifelhaft ist indes, dass die meisten Ägypter mit einer solchen »dynastischen Lösung« der Nachfolgefrage einverstanden sind. Deshalb hat der enge Führungszirkel um den Staatspräsidenten eine Doppelstrategie gewählt, um die Macht der Mubarak-Familie dauerhaft zu sichern: Zum einen wurden die Handlungsmöglichkeiten der Opposition durch verfassungsrechtliche Änderungen beschnitten. Zum anderen

wurde versucht, die Loyalität des Militärs und der Wirtschaftselite gegenüber der Präsidentenfamilie zu festigen.

Verfassungsrechtliche Modifikationen

Im Jahr 2007 ließ die politische Führung die Verfassung ändern, um die Opposition bei den bevorstehenden Wahlen zu behindern. Diese wiederum boykottierte das hierzu durchgeführte Verfassungsreferendum wegen des willkürlichen Vorgehens der Regierung. So waren die Abstimmungsvorlage mit den Stimmen der NDP im Schnellverfahren durch das Parlament

gebracht und der Termin des Referendums kurzfristig vorverlegt worden. Mit offiziell 27 Prozent war die Beteiligung der Bevölkerung daran sehr gering.

Was die Parlamentswahlen betrifft, wurde die Verfassung in drei entscheidenden Punkten modifiziert: Erstens wurde jegliches politische Engagement untersagt, das sich auf einen religiösen Referenzrahmen bezieht (Artikel 5). Auf diese Weise durchkreuzte die Führung etwaige Pläne der offiziell verbotenen, aber geduldeten Muslimbruderschaft, eine Partei zu gründen. Zweitens wurde die Grundlage geschaffen, eine Listenwahl einzuführen (Artikel 62). Der Wahlmodus der letzten Parlamentswahlen (2005) hatte es nämlich der Muslimbruderschaft ermöglicht, mit »unabhängigen« Kandidaten knapp 20 Prozent der Parlamentsmandate zu erringen. Damit war sie zur stärksten parlamentarischen Opposition aufgestiegen. Die Einschränkung der Personenwahl würde eine Wiederholung dieses Wahlerfolges unmöglich machen und die Bruderschaft mehr und mehr in die außerparlamentarische Opposition drängen. Drittens wurde einer Wahlkommission die Überwachung der Wahlen übertragen und damit der zumindest in Teilen unabhängigen Judikative entzogen (Artikel 88). Selbst wenn die Regierung nicht alle durch die Verfassungsänderung entstandenen Möglichkeiten nutzt, ist vor den Parlamentswahlen mit stärkeren Repressionen gegenüber der Opposition und dabei insbesondere den Muslimbrüdern zu rechnen. Wie schon 2009 dürften die Verhaftungen zunehmen, außerdem wird die Regierung wohl vor allem die wirtschaftliche Basis der Bruderschaft zu schwächen versuchen.

Mit Änderung des Verfassungsartikels 76 wurden restriktive Bedingungen für die Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen eingeführt. So benötigt eine Partei in beiden Häusern des Parlaments nun mindestens drei Prozent der Sitze, um einen eigenen Kandidaten für die Direktwahl zum höchsten Staatsamt aufzustellen. Alternativ müssen 250 Mitglieder des Parlaments und

der Lokalräte der Kandidatur zustimmen. Kein Vertreter der Oppositionsparteien oder der Muslimbrüder könnte sich demnach Hoffnungen auf eine Kandidatur machen. Allerdings wurde eine Übergangsfrist bis 2017 festgelegt, in der alle im Ober- und Unterhaus vertretenen Parteien einen Bewerber nominieren dürfen – mit einer wichtigen Einschränkung: Er muss mindestens ein Jahr dem Führungsgremium der jeweiligen Partei angehört haben.

Offenbar fährt die Mubarak-Familie die Strategie, den Vater-Sohn-Wechsel an der Staatsspitze möglichst lange hinauszuzögern. Zumindest indirekt hat Husni Mubarak in Reden immer wieder seine Bereitschaft signalisiert, 2011, dann 83-jährig, abermals als Anwärter der Regierungspartei anzutreten. Das lässt vermuten, dass Gamal Mubarak sich erst dann um das höchste Staatsamt bewerben wird, wenn sein Vater nicht mehr in der Lage ist, die Amtsgeschäfte auszuüben. Gemäß Artikel 84 der Verfassung sind bei Amtsunfähigkeit oder Tod des Staatspräsidenten innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen abzuhalten. Ein unabhängiger Kandidat hätte in diesem Fall keine Chance, sich von einer der Oppositionsparteien aufstellen zu lassen.

Unterstützung durch Militärführung und Wirtschaftselite

Der Vater-Sohn-Wechsel im Präsidentenamt ist ohne Unterstützung durch die Sicherheitsorgane nicht vorstellbar. Vor allem das Militär ist hier ausschlaggebend. Anders als die zahlenmäßig etwa gleich starken, aber zumeist schlecht ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräfte des Innenministeriums verfügt es über die logistischen und strategischen Fähigkeiten zu einem Staatsstreich. Nicht alle Militärs dürften über die Erbfolge im Präsidentenamt glücklich sein. Eher unwahrscheinlich aber ist es, dass diese Unzufriedenheit in offenen Widerstand gegen die Präsidentenfamilie umschlägt, falls Husni Mubarak amtsunfähig wird.

Geheimdienstchef Omar Suleiman, der als Minister ohne Geschäftsbereich auch dem Kabinett angehört, soll offenbar die Unterstützung der Militärführung für Gamal Mubarak sicherstellen. Suleiman genießt im Offizierskorps und auch in Teilen der Bevölkerung hohes Ansehen und gilt als loyal gegenüber der Präsidentenfamilie. Zudem werden ihm keinerlei eigene Ambitionen auf das Präsidentenamt nachgesagt. Das Offizierskorps wird Suleiman voraussichtlich folgen, zumal fraglich ist, ob es für das Militär eine attraktive Alternative zum Vater-Sohn-Wechsel gibt. Es will insbesondere seine zahlreichen materiellen Privilegien bewahren, die es vor allem aufgrund der jährlichen Militärhilfe aus den USA besitzt. Diese Leistungen scheinen auch unter einem Präsidenten Gamal Mubarak nicht gefährdet, denn er unterhält gute Kontakte zur US-Administration.

Auch die aufstrebende ägyptische Wirtschaftselite wird wohl wenig Schwierigkeiten mit dem geplanten Wechsel an der Staatsspitze haben. Weil Gamal Mubarak innerhalb der NDP die Wirtschaftsreformen der vergangenen Jahre nachdrücklich unterstützte, konnte diese Elite übermäßig profitieren. So dominieren etwa 20 Einzelunternehmer bzw. Unternehmerfamilien mit ihren Firmenkonglomeraten wichtige Bereiche des privaten Sektors, in dem nach offiziellen Angaben mittlerweile über 60 Prozent des ägyptischen BIP erwirtschaftet werden. Seit den 1990er Jahren nehmen diese Unternehmer auch verstärkt Einfluss auf die ägyptische Politik: direkt, indem sie Regierungsämter oder Führungsfunktionen in der Regierungspartei übernehmen; indirekt, indem sie enge Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern pflegen oder Printmedien und Fernsehsender betreiben. Ihre gestiegene wirtschaftliche und politische Bedeutung ist eng mit Gamal Mubaraks Aufstieg verbunden, der wiederum von einzelnen Oligarchen durch finanzielle Zuwendungen unterstützt wurde. Selbst wenn einige Großunternehmer medienwirksam immer wieder die

wirtschaftlichen und teilweise auch die politischen Zustände im Land kritisieren, dürften sie Gamal Mubaraks Machtübernahme dennoch begrüßen.

Zahnlose Opposition

Die Opposition hat der Strategie des Regimes kaum etwas entgegenzusetzen. Sie ist zersplittert und durch Streitigkeiten oder Flügelkämpfe in den einzelnen Parteien und Bewegungen gelähmt. Mit dem Oppositionsbündnis »Gegen die Erbfolge« versuchen Teile der Opposition an die öffentliche Aufmerksamkeit anzuknüpfen, die die Oppositionsbewegung »Kefaya!« (Genug!) zwischen 2004 und 2006 erreicht hatte – bislang vergeblich. Bemerkenswert ist, dass diesem Oppositionsbündnis auch einzelne Mitglieder der Muslimbruderschaft beigetreten sind. Die Muslimbrüder bilden die mit Abstand wichtigste Oppositionsgruppe und besitzen eine ausgezeichnet funktionierende Organisationsstruktur. Sie haben der Gewalt abgeschworen und bemühen sich um politische Teilhabe innerhalb des bestehenden Systems. Allerdings kam es in den vergangenen Monaten innerhalb der Bruderschaft vermehrt zu Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung, wobei sich offenbar der konservative, eher apolitische Flügel durchsetzen konnte. Abzuwarten bleibt, inwieweit der am Jahresanfang 2010 neu zu wählende Führer (Murschid) eine stärkere Konzentration auf die karitative Arbeit einleiten wird. Die zumeist jüngeren Vertreter des städtischen, liberaleren Flügels dagegen fordern eine stärkere politische Ausrichtung und mehr Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Gruppen und Parteien. Sie werden es künftig noch schwerer haben, innerhalb der Bruderschaft Gehör zu finden.

Aus oppositionellen Kreisen ertönte in der letzten Zeit der Ruf nach einem überparteilichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. Zwei prominente Namen werden immer wieder genannt: Mohammed al-Baradei, ehemaliger Generaldirektor

der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), und Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga und ehemaliger ägyptischer Außenminister. Sie hätten allerdings aufgrund der restriktiven Regelungen des Verfassungsartikels 76 keine Aussichten, als Kandidaten zugelassen zu werden. Da beide sich zumindest gegen einen Kandidaten Gamal Mubarak durchaus Chancen ausrechnen dürften, ist kaum zu erwarten, dass die regierende NDP einer Verfassungsänderung zustimmt.

Fazit: Stagnation statt Wandel

Wenn das Mubarak-Regime weiterbesteht, wird damit nicht nur ein autoritäres Herrschaftssystem fortgeschrieben. Auch die sozioökonomische Entwicklung des Landes wird wohl weiter stagnieren. Sie ließ in der fast dreißigjährigen Amtszeit Husni Mubaraks sehr zu wünschen übrig. Die 1991 eingeleiteten Wirtschaftsreformen, seit 2004 maßgeblich von Vertrauten des Präsidentensohnes Gamal Mubarak gesteuert, dienen in erster Linie den Interessen der regimenahen Wirtschaftselite. Die größten Schwierigkeiten wie Korruption und eine unzureichende Wettbewerbsordnung wurden dagegen systematisch ausgeklammert. Mehr noch: Weite Teile der Bevölkerung wurden vom ohnehin beklagenswert langsamen wirtschaftlichen Fortschritt ausgeschlossen. Dadurch haben sich die sozialen Spannungen im Land verschärft. Sie werden sich auch weiter zuspitzen, insbesondere angesichts rasanten Bevölkerungswachstums und fortschreitender Umweltzerstörung. Auf diese Weise ist langfristig die politische Stabilität Ägyptens bedroht. Stabilität, die auch Fortschritt ermöglicht, lässt sich auf die Dauer nicht allein mit Repression und gelegentlichen staatlichen Wohltaten gewährleisten. Stattdessen muss die Bevölkerung Zugang zum politischen Entscheidungsprozess erhalten. Genauso unerlässlich sind Gewaltenteilung und Gewaltenkontrolle. Nur so lassen sich Korruption effektiv bekämpfen, staatliche

Misswirtschaft eindämmen und ein rechtlicher Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass wirtschaftliche Reformen dem Allgemeinwohl zugute kommen.

Ägypten ist das bevölkerungsreichste südliche Mittelmeeranrainerland. Deutschland und die EU sind daran interessiert, dass es langfristig politisch stabil bleibt. Deshalb sollten sie auf eine Öffnung des politischen Systems drängen. Für die Wahlen bedeutet dies, größtmögliche Transparenz und dafür die Zulassung von Wahlbeobachtern zu fordern – und zwar nicht erst unmittelbar vor dem jeweiligen Urnengang. Vor allem aber sollte eine Lockerung der restriktiven Wahlordnung angemahnt werden. Hierbei gilt es unmissverständlich auf die Unzulänglichkeiten des Verfassungsreferendums 2007 hinzuweisen. Anders als von der politischen Führung behauptet, hat dieses nämlich keineswegs zur Demokratisierung beigetragen, sondern sollte im Gegenteil undemokratische Strukturen dauerhaft legitimieren. Deutschland und die EU sollten schließlich vernehmlicher als bisher einfordern, dass die Muslimbruderschaft die Möglichkeit erhält, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Ohne sie wird politische Teilhabe in Ägypten nicht ausgeweitet werden können.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364